

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 16./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, 30.11.2017, 17.00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses - Nr. 1.29

	<u>Seite</u>
1. Controllingbericht des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit und Ordnung für das 3. Quartal 2017 - Drucksache Nr. 770 /X. -	3
2. Controllingbericht des Fachbereichs Tiefbau für das 3. Quartal 2017 - Drucksache Nr. 771 /X. -	3
3. Haushaltssatzung für das Jahr 2018 - Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3
4. Stadtbuslinien - Drucksache Nr. 757 /X. -	3 - 5
5. Haushaltssatzung für das Jahr 2018 - Fachbereich Tiefbau	5
6. Parkraumbewirtschaftung - Drucksache Nr. 772 /X. -	5 - 6
7. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes - Vortrag der Verwaltung	6
8. Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität NRW (Antrag der SPD-Fraktion vom 29.09.2017)	6 - 7
9. Errichtung eines umweltfreundlich angetriebenen Fahrstuhles auf dem Parkgrundstück der Weinhandlung Peters (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 15.11.2017)	7 - 8
10. Mitteilungen	
a) Meldungen über Baumfällungen geschützter sowie – nicht geschützter städtischer Bäume vom 07.09.2017 - 20.11.2017	8
b) Pappeln an der Straße Goldacker in Kellen	8
c) Baumstandort Koekkoekplatz	8
d) Sachstand Kaskade	9
11. Anfragen	
a) Einkörniges Material	9 - 10
b) Brückensanierungen B 9	10
c) Standsicherheit Burgberg	10

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche 16./X. Ratsperiode Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, 30.11.2017, 17.00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses - Nr. 1.29

Unter dem Vorsitz des
Stadtverordneten Bay, Michael (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Driever, Gerd	CDU für Bucksteeg, Friedhelm (bis 18.45 Uhr)
Fischer, Wilhelm	SPD
Hiob, Georg	CDU
Kanders, Angelika	CDU für Wiegersma, Friedhelm
Kumbrink, Michael	SPD
Maaßen, Manfred	CDU
Rütter, Daniel	FDP
Schnütgen, Wiltrud	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Schroers, Benedict	CDU
Verhoeven, Werner	CDU
Welberts, Sonja	SPD

Sachkundigen Bürger:

Boskamp, Maria	für Loosen, Iris
Bouten, Barbara	
Dußling, Jürgen	
Koken, Detlef	
ter Meer, Jürgen	
Thomas, Gerhard	
Zigan, Paul	für Janßen, Alexander

Nicht anwesend:

Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Evers, Richard	
Janßen, Alexander	Offene Klever
Loosen, Iris	
Wiegersma, Friedhelm	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeisterin Northing
Erster Beigeordneter Haas (bis 19.13 Uhr)
Technischer Beigeordneter Rauer
Städtischer Verwaltungsdirektor Keysers
Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof
Tariflich Beschäftigter Klockhaus
Städtische Verwaltungsrätin Renneke
Städtischer Amtsrat Seißer als Schriftführer

Ausschussvorsitzender StV. Bay eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Anmerkungen zur Niederschrift der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses ergeben sich nicht.

1. **Controllingbericht des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit und Ordnung für das 3. Quartal 2017**

- Drucksache Nr. 770 /X. -

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Controllingbericht des Fachbereichs Öffentliche Sicherheit und Ordnung für das 3. Quartal 2017 zur Kenntnis.

2. **Controllingbericht des Fachbereichs Tiefbau für das 3. Quartal 2017**

- Drucksache Nr. 771 /X. -

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Controllingbericht des Fachbereichs Tiefbau für das 3. Quartal 2017 zur Kenntnis.

3. **Haushaltssatzung für das Jahr 2018**

- Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof erläutert die Etatansätze für den Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung anhand einer PowerPoint-Präsentation.

4. **Stadtbuslinien**

- Drucksache Nr. 757 /X. -

Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers erläutert ausführlich die Drucksache.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas teilt ergänzend mit, dass die Stadt Kleve jährlich 2.540.000 € für den Schülerverkehr, die Stadtbuslinien und den ÖPNV ausbebe. Im Innenstadtbereich sei eine halbstündliche Taktung vorgesehen. Die technische Ausstattung der Busse werde nach dem aktuellen Stand der Technik u. a. mit Rußpartikelfiltern erfolgen. Nach Auslauf des Vertrages der Citybuslinie 49 am 31.12.2021 solle ein Elektrobus eingesetzt werden.

StV. Verhoeven bedankt sich für die umfangreiche Drucksache und führt aus, dass 2019 das neue Kombibad eröffnet werde, wozu eine bessere Anbindung zugesichert worden sei.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas antwortet, dass hier lediglich die Grundausrüstung des Busverkehrs in Kleve beraten werde. Haltestellen könnten jederzeit einvernehmlich geändert werden. Die Anbindung zum Kombibad werde dementsprechend umgesetzt.

StV. Kumbrink teilt mit, dass laut Drucksache die Verträge der Linien 52, 57, T57 und 60 ab dem 01.12.2019 neu abzuschließen seien. Die Umsetzung der EEV-Norm sei jedoch erst ab 01.01.2020 vorgesehen. Er bittet um kurze Erläuterung.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas teilt mit, dass das Datum 01.01.2020 gewählt worden sei, da der Gesetzgeber Änderungen von Rechtsnormen meistens zum 01.01. eines jeden Jahres durchführe.

Sachkundiger Bürger Koken bedankt sich für die anschauliche und umfangreiche Darstellung und bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Bei der Neuausrichtung des ÖPNV solle die Nutzung von dezentralen Parkplätzen geprüft werden. Fraglich sei dann, ob die dezentralen Parkplätze nicht zeitlich, sondern bedarfsgerecht angefahren werden könnten.
2. Warum sollen die Busse erst so spät mit Rußpartikelfiltern ausgestattet werden?
3. Warum alternative Antriebe wie beispielsweise Wasserstoff usw. nicht aufgeführt seien?

Erste Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas beantwortet die Fragen des sachkundigen Bürgers Koken.

1. Der Einzelhandel sei auf innenstadtnahe Parkplätze angewiesen. Ca. 30 - 40 % der Kunden in der Innenstadt seien Niederländer, welche kostengünstig und innenstadtnah parken wollen. Auch im Hinblick auf die Konkurrenzsituation zwischen dem Onlinehandel und dem Einzelhandel sei das gute Angebot der innenstadtnahen Parkplätze in Kleve sehr wichtig.
2. Die Busse werden sofort mit Partikelfiltern ausgestattet sein.
3. Die Linie 49 werde zukünftig mit Elektroantrieb fahren. Andere Antriebe seien in einer ständigen Diskussion und derzeit als Antrieb nicht zukunftsträchtig.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay fragt nach, ob alternative Antriebe kurzfristig berücksichtigt werden können.

Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers dankt für den Hinweis und sichert zu, alternative Antriebe wie Elektro, Wasserstoff usw. mit aufzunehmen.

StV. Kumbrink bittet um redaktionelle Änderung der fünf Jahres Frist für die Umsetzung der EEV-Norm bezüglich der Einführung von Bussen mit Rußpartikelfiltern.

Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers bestätigt, eine redaktionelle Änderung durchzuführen und ergänzt, dass die Unternehmen NIAG und LOOK bereits aktuell Umrüstungen betreiben.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay möchte wissen, ob eine Direktvergabe an die Unternehmen NIAG und LOOK erfolgen müsse.

Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers teilt mit, dass grundsätzlich eine europaweite Ausschreibung erfolgen müsse. Bei einer Verkehrsleistung von unter 300.000 km bestehe aber die Möglichkeit einer Direktvergabe. Hiervon solle Gebrauch gemacht werden.

Ergänzend fragt Ausschussvorsitzender und StV. Bay an, ob der Vertrag unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Verkehrsströme und technologischen (Antriebs-) Entwicklungen abgeschlossen werde. Beispielhaft führt er autonomes Fahren an und möchte wissen, ob dieses mit der Vertragsschließung mit der NIAG und LOOK abgeschlossen sei.

Städtischer Verwaltungsdirektor Keyzers bestätigt, dass die Stadt Kleve jederzeit flexibel bleibe. Neue Bedarfe, wie beispielsweise beim Kombibad, könnten immer berücksichtigt und dadurch gedeckt werden. Weiterhin beziehe sich der Vertrag nur auf den Linienverkehr und ein autonomes Fahren sei davon nicht betroffen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Kleve einstimmig, dem Beschlussvorschlag der Drucksache zu folgen.

5. Haushaltssatzung für das Jahr 2018

- Fachbereich Tiefbau

Tariflich Beschäftigter Klockhaus erläutert die Etatansätze für den Fachbereich Tiefbau anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Sachkundiger Bürger Koken fragt an, was mit dem Starkregenkonzept gemeint sei und ob nur die Regenwasserkanäle betroffen seien.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus antwortet, dass die Kaskadensituation nicht der Auslöser für das Starkregenkonzept sei. In den letzten Jahren sei zu beobachten, dass der sogenannte 10-jährige-Regen mittlerweile in immer kürzeren Abständen falle. Wichtig sei es, Rückzugsmöglichkeiten für das Wasser zu entwickeln. Kleve sei bisher gut aufgestellt, dennoch werde voraussichtlich in Zukunft mehr Regen fallen und dafür seien die Planungen und die dafür bereitgestellten Haushaltsmittel erforderlich.

6. Parkraumbewirtschaftung

- Drucksache Nr. 772 /X. -

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof erläutert die Drucksache.

StV. Schnütgen führt aus, dass es bisher die Parkbereiche A und B gebe. Nunmehr werde der Parkbereich C eingeführt. Sie bittet, dies zu erläutern.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof antwortet, dass die bisherigen Parkbereiche in Ober- und Unterstadt aufgeteilt seien. Der Parkbereich A sei für die Oberstadt und der Parkbereich B für die Unterstadt eingerichtet worden. Auf diesen Bereich erhalten Anwohner mit sogenannten Anwohnerparkausweisen Parkvergünstigungen bzw. können ihre Kraftfahrzeuge auch auf bestimmten kostenpflichtigen Parkbereichen abstellen. Mit dem Parkbereich C ist ein zusätzlicher Bezirk zu bilden, wo auf Grund der wegfallenden Parkplätze durch die Umbaumaßnahme nur Parkvergünstigungen für die Anwohner der Spycckstraße gewährt werden.

StV. Verhoeven bedankt sich für die Berücksichtigung von Wochentickets und regt erneut an, vielleicht auch auf dem Parkbereich hinter der Stadthalle hierfür Raum zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeisterin Northing dankt für die Ausführungen und Anregungen. Die Drucksache stelle zunächst ein Versuchsmodell dar. Die Umsetzung solle zunächst evaluiert werden. Im Rahmen der Umgestaltung des Stadthallenumfeldes könnten die bis dahin gemachten Erfahrungen eingebracht werden.

StV. Schnütgen hebt die gute Vorlage der Verwaltung hervor. Dennoch beantragt sie Fraktionsberatungen, da der neu zu schaffende Parkbereich C noch erörtert werden müsse.

7. **Sachstandsbericht zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes**

- Vortrag der Verwaltung

Tariflich Beschäftigte van Koeverden erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes.

StV. Schnütgen stellt vier Fragen zum Radverkehrskonzept:

1. Induktionsschleifen reagieren häufig sehr schlecht auf Radfahrer, daher stelle sich die Frage, ob die Verwaltung in dieser Angelegenheit bereits tätig geworden sei?
2. Auf der Merowingerstraße sei im vergangenen Jahr eine Fahrbahnverengung im Bereich der Willy-Brandt-Straße eingerichtet worden. Die Maßnahme sei versuchsweise für ein Jahr durchgeführt worden. Sie bittet um Mitteilung des Sachstandes.
3. Wie ist der Sachstand bezüglich der ARAS im Bereich Ringstraße L 484/ Römerstraße?
4. Wie ist der Sachstand zum Radweg vom Hochschulparkhaus nach Wardhausen?

Tariflich Beschäftigte van Koeverden antwortet zu den Fragen 1. und 3. wie folgt: Die Induktionsschleifen an der Römerstraße und der Merowingerstraße laufen derzeit noch nicht wie gewünscht. Die Verwaltung arbeite aber an einer Verbesserung der Situation. Zu den ARAS lägen nun erste Konzepte vor. Ein Angebot soll vorgelegt werden.

Städtischer Oberverwaltungsrat van Hoof antwortet zu 2., dass noch nicht alle erforderlichen Stellungnahmen vorlägen. Die Verwaltung werde im nächsten Umwelt- und Verkehrsausschuss berichten.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus führt zu 4. aus, dass es keinen neuen Sachstand gebe.

8. **Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität NRW**

(Antrag der SPD-Fraktion vom 29.09.2017)

Ausschussvorsitzender und StV. Bay erklärt, dass die SPD-Fraktion die Idee des Ausschussvorsitzenden dankenswerterweise aufgenommen und am 29.09.2017 den Antrag gestellt habe, die Verwaltung zu beauftragen, die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft im "Zukunftsnetz Mobilität NRW" zu schaffen und die Mitgliedschaft zu beantragen. Es handele sich um eine sinnvolle Initiative, welche bereits von 128 Mitgliedern genutzt werde.

StV. Kumbrink bringt zum Ausdruck, dass das Land NRW den beteiligten Kommunen durch das Zukunftsnetzwerk viele Möglichkeiten biete.

Sachkundiger Bürger Koken begrüßt den Antrag. Das gelungene Zukunftsnetzwerk komme allen zu Gute. Auch für die Verwaltung seien durch eine Mitgliedschaft Kompetenzerweiterungen zu erwarten.

Bürgermeisterin Northing bestätigt, dass sich die Verwaltung bereits umfangreich mit Mobilität und Klimaschutz beschäftige. Die Mitgliedschaft gehe mit der Benennung einer verantwortlichen Ansprechperson einher. Daher sei zunächst zu prüfen, wie eine personelle Umsetzung und Begleitung möglich sei. Hierzu werde eine Organisationsuntersuchung zu den Personalressourcen stattfinden.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas führt aus, dass die Verwaltung zunächst ein Konzept erarbeite. Anschließend könne über einen Beitritt zum Zukunftsnetz beraten werden. Im Haushalt 2018 seien Mittel für die zukunftsorientierte Ausrichtung der Stadt Kleve enthalten.

StV. Kumbrink erkundigt sich nach der Dauer der Organisationsuntersuchung.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass die Organisationsuntersuchung umgehend nach Rechtskraft des Haushaltes 2018 durchgeführt werden sollte.

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass die Ermittlung der personellen Ressourcen ca. drei bis vier Monate in Anspruch nehme.

StV. Verhoeven sieht noch erheblichen Beratungsbedarf und beantragt Fraktionsberatungen.

Sachkundiger Bürger Koken teilt mit, dass bei der Ermittlung von zukünftigen Stellenbedarfen ein Klimaschutzbeauftragter berücksichtigt werden sollte.

StV. Kumbrink hält Fraktionsberatungen ebenfalls für sinnvoll und erforderlich. Es solle jedoch nicht der Beitritt zum Zukunftsnetz mit einer Stelle "Klimaschutzbeauftragter" vermischt werden.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas spricht die dringende Empfehlung aus, den Beitritt zum Zukunftsnetz unbedingt mit dem Klimaschutz gemeinsam zu führen. Der Klimaschutz sei auch ein Schwerpunkt des Zukunftsnetzes.

Ausschussvorsitzender und StV. Bay formuliert daraufhin einen Prüfauftrag, dass die Stelle eines Klimaschutzbeauftragten zunächst beschrieben werden soll.

Bürgermeisterin Northing antwortet, dass die Mitgliedschaft zum Zukunftsnetz und die Stelle eines Klimaschutzbeauftragten für die Verwaltung zusammengehören. Nunmehr solle zunächst ein Konzept (inkl. Organisationsuntersuchung) erarbeitet werden. Anschließend solle erneut über eine Mitgliedschaft beim Zukunftsnetz beraten.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Haas ergänzt, dass im Haushaltsplan 2018 (S. 259 und 261) bereits 5.000 € für das Klimaschutz- und Mobilitätskonzept vorgesehen seien.

9. Errichtung eines umweltfreundlich angetriebenen Fahrstuhles auf dem Parkgrundstück der Weinhandlung Peters
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 15.11.2017)

Sachkundiger Bürger Koken erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN.

Bürgermeisterin Northing bittet um Absonderung des Antrags vom ersten Bauabschnitt zum Stadthallenumfeld.

StV. Schnütgen sieht kein Problem in der Absonderung des Antrags vom ersten Bauabschnitt des Stadthallenumfeldes.

StV. Rütter lobt den Antrag und bittet die Verwaltung, die Praktikabilität zu prüfen.

StV. Kumbrink teilt mit, dass der Antrag bei der SPD-Fraktion unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen habe. Ziel sei es, einen Weg zu finden, die Topographie zu integrieren.

StV. Verhoeven führt aus, dass der City-Bus eingerichtet worden sei, um die Topographie der Innenstadt zu überwinden und fragt an, ob der Bus nicht eine Haltestelle im Bereich der Schwanenburg erhalten könne. Insgesamt solle die topographische Lage und nicht nur der genannte Bereich berücksichtigt werden.

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass eine solche Maßnahme im IHK nicht aufgeführt sei. Bei der Fortschreibung des IHK könnte die Maßnahme berücksichtigt und die Einholung von Drittmitteln geprüft werden. Insgesamt seien jedoch umfangreiche Prüfungen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse, des Denkmalschutzes, der Statik des Hangbereichs u. a. durchzuführen. Eventuell könne diese Aufgabe von einem Klimaschutzbeauftragten durchgeführt werden. Die Prüfung könne voraussichtlich aber nicht im 1. Halbjahr 2018 durchgeführt werden.

Die Benennung des Prüfauftrags wird dahingehend geändert, dass er nichts mit dem "ersten Bauabschnitt Stadthallenumgebung" zu tun hat.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Errichtung einer barrierefreien Verbindung zwischen Unter- und Oberstadt zu prüfen und bei positivem Ausgang der Prüfung, Fördermittel für eine Umsetzung zu akquirieren. Die im Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN genannten Flächen und der Aufzug sind als Beispiele für solche Möglichkeiten zu werten.

10. **Mitteilungen**

a) Meldungen über Baumfällungen geschützter sowie - nicht geschützter - städtischer Bäume vom 07.09.2017 - 20.11.2017

Die Tabellen werden der Niederschrift beigelegt.

b) Pappeln an der Straße Goldacker in Kellen

Technischer Beigeordneter Rauer teilt mit, dass an der Straße Goldacker in Kellen durch die USK sieben Hybrid-Pappeln entfernt würden. Sie seien nicht mehr verkehrssicher und die Kronen mussten in der Vergangenheit bereits stark eingekürzt werden. Die Fällung werde voraussichtlich zu Beginn des kommenden Jahres, spätestens im Frühjahr 2018 erfolgen. Eine Ersatzpflanzung befinde sich in Planung.

c) Baumstandort Koekkoekplatz

Technischer Beigeordneter Rauer führt aus, dass die Amerikanische Roteiche auf dem Koekkoekplatz auf Grund mangelnder Vitalität entfernt werden müsse. Der Standort habe sich in der Vergangenheit als ungeeignet erwiesen.

d) Sachstand Kaskade

Tariflich Beschäftigter Klockhaus teilt mit, dass nach dem Abrutschen des Hanges am 04.05.2017 unter bodengutachterlicher Begleitung zunächst temporäre Sicherungsmaßnahmen durchgeführt worden seien, die auch insbesondere das Abrutschen des Wohngebäudes Eiserner Mann 8 verhindern sollten.

Die temporären Sicherungsmaßnahmen waren:

- Entfernen des Oberflächenbewuchses (ohne Wurzeln) und Abtragung der losen Bodenanteile
- Setzen von 2 Spundwandreihen am Böschungsfuß, um eine spätere Anschüttung mit Bodenmaterial zu ermöglichen
- Einbau von Natursteinhartschotter im Bereich des Fuß-/Wanderweges
- Einbau einer Betonplatte im Bereich des Auffangbeckens
- Regelmäßige Vermessung der Böschung und des Gebäudebereiches

Von Beginn der Arbeiten an sei klar gewesen, dass diese Maßnahmen die Standfestigkeit der Böschung nicht gewährleisten, sondern vielmehr lediglich der Beseitigung von Gefahr in Verzug – insbesondere für das Wohnhaus oberhalb der Böschung - dienen können.

Die Ergebnisse der regelmäßigen Vermessung zeigten derzeit keine auffälligen Setzungen oder sonstige Erdbewegungen.

Der seitens des Baugrundgutachters aufgestellte Standsicherheitsnachweis führe allerdings zu dem Ergebnis, dass die temporären Sicherungsmaßnahmen der Böschung im Einflussbereich des Wohngebäudes nicht die Anforderungen an eine Dauersicherung erfüllen.

Zur dauerhaften Sicherung kämen laut Baugrundgutachter, auf Grund des einkörnigen Materials, nur Zugglieder – also Pfähle oder Anker - die eine Verdübelungswirkung haben, in Frage. Hierbei seien auch die Zugänglichkeit des Böschungsbereiches und die Topographie entscheidend.

Der Sanierungsvorschlag des Bodengutachters zur dauerhaften Sicherung der Böschung sehe eine dreireihige Bodenvernagelung im Bereich des Böschungskopfes und eine zweireihige Bodenvernagelung im Bereich der zweiten Spundwandreihe vor. Außerdem sollen im Bereich des Böschungskopfes und oberhalb der zweiten Spundwandreihe Geogitter verlegt werden, die eine Bodenerosion verhindern.

Derzeit werde das Vergabeverfahren für diese Arbeiten, die nur von Spezialtiefbauunternehmen durchgeführt werden können, vorbereitet.

Die Anwohner werden über den derzeitigen Sachstand und den Umfang der geplanten Maßnahmen informiert.

11. Anfragen

a) Einkörniges Material

Sachkundige Bürgerin Bouten möchte wissen, worum es sich bei einkörnigem Material handelt.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus antwortet, dass dies ein Material sei, welches größengleich sei. Als Beispiel führt er Zucker an.

b) Brückensanierungen B 9

StV. Verhoeven teilt mit, dass die Sanierung der Brückensanierung der B 9 über den Spoykanal derzeit laufe und möchte wissen, wann die Brücke über die Spycckstraße saniert werde.

Technischer Beigeordneter Rauer antwortet, dass die Frage im Jahresgespräch mit StraßenNRW erörtert und anschließend berichtet werde.

c) Standsicherheit Burgberg

StV. Kumbrink möchte wissen, ob der Burgberg aus dem gleichen Material bestehe wie der Hang im Bereich der Kaskade.

Technischer Beigeordneter Rauer bestätigt dies. Der Hang sei sehr steil und der vorhandene Bewuchs sehr wichtig. Wenn in das bestehende System eingegriffen werde, könne sich das statische System ändern. Es dürfe beispielsweise nicht einfach eine Schneise in den Hang geschlagen werden.

Ende der Sitzung: 19.34 Uhr

(Bay)
Vorsitzender

(Seißer)
Schriftführer